



DEA setzt seismische Messungen aus

Genehmigungsantrag wird zurückgezogen

Hamburg, 2. Dezember 2018

Die DEA Deutsche Erdoel AG greift die anhaltende öffentliche Diskussion auf und setzt die für Januar und Februar 2019 in den vier Landkreisen Diepholz, Verden/Aller, Osterholz und Rotenburg/Wümme geplanten seismischen Messungen aus. DEA zieht den Antrag auf Genehmigung des Vorhabens beim LBEG zurück und stellt die Messkampagne auf den Prüfstand.

Zentrales Anliegen der DEA ist es, in den kommenden Monaten die Fragen der Bürgerinnen und Bürger zu den geplanten Seismik-Messungen umfassend zu klären und die Bedeutung von heimischer Erdgasförderung im Kontext der Energiewende zu diskutieren. Die DEA beabsichtigt darüber hinaus, einen intensiven Dialog zu führen, um Formate zu diskutieren und zu entwickeln, die bereits in den Planungs- und Antragsphasen eine breitere Einbeziehung der Öffentlichkeit erlauben.

Die DEA Deutsche Erdoel AG plant in den vier Landkreisen Diepholz, Verden/Aller, Osterholz und Rotenburg/Wümme seismische Messungen überwiegend auf öffentlichen Straßen und Wegen. Diese Messungen sollen das bereits bestehende Modell des geologischen Untergrundes durch aktuell noch fehlende Details ergänzen. Dadurch können Erdgaspotenziale weitaus besser als heute bewertet werden.

Informationen über das Projekt finden Sie im Internet unter: www.seismik-unterweser.de



Weitere Auskünfte:

Heinz Oberlach
Kommunikation
Tel.: 04232-933-141
Mobil: 0162-273 2932
Mail: heinz.oberlach@dea-group.com

Die DEA Deutsche Erdoel AG ist eine international tätige Explorations- und Produktionsgesellschaft für Erdöl und Erdgas mit Sitz in Hamburg. Das Unternehmen legt großen Wert auf sichere, nachhaltige und umweltschonende Gewinnung von Öl und Gas. Die DEA verfügt über 119 Jahre Erfahrung als Betriebsführer und Projektpartner entlang der gesamten Wertschöpfungskette des Upstream-Geschäfts. Die DEA ist mit ihren rund 1.150 Beschäftigten an Förderanlagen und -konzessionen unter anderem in Deutschland, Norwegen, Dänemark, Ägypten, Algerien und Mexiko beteiligt.